



# Pressemitteilung

8. Mai 2024

## **BVMB: „Verkehrswende fährt mit Vollgas aufs Abstellgleis!“**

### **Verband fordert mehr Geld vom Bund nach dem „Stuttgart 21“-Urteil für den Bahnbau**

*Die Deutsche Bahn (DB) hat vor dem Verwaltungsgericht Stuttgart eine krachende Niederlage kassiert: Sie muss die erheblichen Mehrkosten für das Bahnhofprojekt „Stuttgart 21“ mit einem Umfang von aktuell rund 7 Milliarden Euro alleine tragen, so das Urteil. Das Land Baden-Württemberg und die Stadt Stuttgart müssen sich an der Kostenexplosion nicht beteiligen. Für die Bahn bedeutet das eine massive finanzielle Mehrbelastung. Das ruft die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) auf den Plan: Sie befürchtet, dass die ungeplante Mehrausgabe für die Bahn für den Stuttgarter Bahnhofsumbau einen Kollaps für die übrigen Bau- und Sanierungsprojekte im deutschen Schienennetz bedeute. „Die Bauwirtschaft macht sich erhebliche Sorgen in Folge des Urteils“, ergreift BVMB-Hauptgeschäftsführer Michael Gilka das Wort insbesondere für die Bahnbauunternehmen. „Wir dürfen nicht übersehen, dass wir einen immensen Bedarf an Neu- und Ausbaumaßnahmen im Schienenbereich haben. Wir sehen aber die große Gefahr, dass dafür jetzt auf absehbare Zeit kein Geld mehr da ist. Das wäre eine Katastrophe für den Bahnverkehr in Deutschland und für die Bauwirtschaft, die sich auf die angekündigten Projekte bereits eingerichtet hat!“*

### **Bahnbauunternehmen in großer Sorge**

Für Michael Gilka, Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V., ist der Tag der Urteilsverkündung „für den Bahnverkehr in ganz Deutschland und für die Bauwirtschaft ein rabenschwarzer Tag“. Der Verband befürchtet dramatische Folgen für das übrige Bauprogramm der Bahn, sollte nicht die von der DB geplante Berufung Erfolg haben. „Die Bahn hat schon das erste Mal zurückrudern müssen, als ihr die Bundesregierung bereits zugesagte 13 Milliarden Euro aus dem Klima- und Transformationsfonds gestrichen hat. Jetzt kommt der nächste Paukenschlag“, klagt Gilka. Die Finanzierung der Schieneninfrastruktur in den nächsten Jahren drohe darunter massiv zu leiden. „Es ist aus unserer Sicht völlig unklar, wie der Bund und die Bahn das marode Netz in diesem Zusammenhang wie versprochen sanieren wollen“, so der Verbandsvertreter weiter.

Aktuell laufe im DB-Konzern bereits ein Sparprogramm. Alle Ausgaben würden auf den Prüfstand gestellt. „Das wird durch das Urteil sicher nicht entspannter. Die BVMB erwarte, dass der Bund und die DB „sehr zeitnah Klarheit und Planungssicherheit für die Bauwirtschaft darüber herstellen, wie es mit der Finanzierung und dem Bauen weitergehe.“

### **„Bund muss der Bahn die nötigen Finanzmittel zur Verfügung stellen“**

Insbesondere appelliert der Verband an die Bundesregierung: „Wenn sich schon Stadt und Land in Baden-Württemberg vornehm mit Geldmitteln zurückhalten, dann muss der Bund in die Bresche springen. Ein funktionierender Bahnverkehr braucht ein modernes und kein marodes Schienennetz. Wenn die Ampelkoalition die so oft proklamierte Verkehrswende auch nur ansatzweise ernst nimmt, dann darf sie die Bahn jetzt auch nicht im Regen stehen lassen und muss die nötigen Finanzmittel zur Verfügung stellen“, fordert Gilka. Das sieht auch der Sprecher für Bahnpolitik der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Matthias Gastel, so, der das Urteil u. a. kommentiert: „[...] Auch in den anstehenden Haushaltsberatungen werden die Mehrkosten Thema sein – letztendlich ist der Bund als Eigentümer der Bahn in der Pflicht, das Unternehmen weiterhin finanziell leistungsfähig aufzustellen.“

2020 hatte der Masterplan Schiene der großen Koalition unter anderem zur Umsetzung des Deutschlandtakts und zur Beseitigung von Engpässen im Netz bereits mindestens 3 Milliarden Euro pro Jahr an Investitionen vorgesehen. Seitdem, so der BVMB-Vertreter, seien die Baukosten massiv gestiegen. Für dieses und die nächsten Jahre stehen nach Informationen des Verbands lediglich zwischen 1,7 und 2,2 Milliarden Euro zur Verfügung. „So wird das nichts, das ist deutlich zu wenig. Wenn sich hier der Bund nicht deutlich bewegt und der Bahn mit zusätzlichen Finanzspritzen unter die Arme greift, fährt die Mobilitäts- und Verkehrswende in Deutschland mit Vollgas aufs Abstellgleis!“, so Gilka.

## **RA Dirk Stauf**

Bundesvereinigung Mittelständischer  
Bauunternehmen e.V.  
Königswinterer Straße 329  
53227 Bonn  
Tel.: 0228 91185-16  
E-Mail: [stauf@bvmb.de](mailto:stauf@bvmb.de)

**BVMB**

Die BVMB ist ein bundesweit tätiger, tarifpolitisch ungebundener Wirtschaftsverband, der die Wirtschafts-, Markt- und Wettbewerbsinteressen seiner mittelständischen Mitgliedsunternehmen auf politischer Ebene sowie gegenüber Auftraggebern aus allen Baubereichen vertritt. Bereits seit 1964 setzt sich die Bundesvereinigung Mittelständischer Bauunternehmen e.V. (BVMB) für die Interessen der mittelständischen Bauwirtschaft ein. Unsere Mitgliedsunternehmen erwirtschaften mit ihren insgesamt mehr als 250.000 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von rund 30 Mrd. Euro pro Jahr. Aufgrund der Strukturen unserer Mitgliedsunternehmen – von kleineren und größeren – bis hin zu sehr großen Straßen-, Brücken-, Hoch-, Erd-, Gleisbau- oder Bahnsicherungsunternehmen sowie deren Lieferanten, deckt die BVMB einen Großteil des Spektrums der deutschen Bauwirtschaft ab.